

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Montag, dem 23. März 2026, um 19.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See, Rathaus 1 stattgefundene

27. öffentliche Gemeinderatssitzung

Anwesend:

Bürgermeisterin		Elisabeth	BÖHM
Vizebürgermeisterin		Sabine	NYIKOS
Vizebürgermeister		Stefan	WÖGERER
Stadträtin		Isabell	LICHTENBERGER, BEd
Stadtrat		Christian	DACHS
Stadtrat		Franz	SCHNEIDER
Gemeinderätin		Gerda	KAPPEL, BEd
Gemeinderat		Thomas	SCHÄFFER
Gemeinderat	Mag.	Andreas	WENTH
Gemeinderätin	Dr. ⁱⁿ	Judith	RECHNITZER
Gemeinderätin		Tanja	SCHNEIDER
Gemeinderätin	Mag. ^a	Beata	SÄMANN-TAKACS
Gemeinderat		Andreas	KÖNIGSHOFER
Gemeinderat		Norbert	KAPPEL, BEd
Gemeinderätin		Katja	NEUBERGER-SCHILLING
Gemeinderätin	Mag. (FH)	Heike	REITERITS
Gemeinderat		Christian	STROMMER
Gemeinderat		Patrick	STEGER
Gemeinderätin	Mag.	Michaela	KOGLER-BOHRER
Gemeinderat		Andreas	HITZINGER
Gemeinderat		Patrick	OBERROITHER
Gemeinderat	Mag. Dr.	Rainer	FUSSENEGGER
Gemeinderätin		Sigrid	JARTO
Gemeinderat		Josef	BRANDLHOFFER
Ersatzgemeinderätin		Andrea	BURGSTALLER
Schriftführerin	AL ⁱⁿ	Judith	SIBER-REINER
Gemeindekassier	VB	Alfred	EWERTH

Abwesend und entschuldigt:

Stadtrat	Ing.	Thomas	HEINRICH, MBA
----------	------	--------	---------------

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Böhm, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 19.00 Uhr.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen vorgebracht. Zu Beglaubigern dieser Niederschrift werden die Gemeinderäte Königshofer und Brandlhofer bestellt.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt die Bürgermeisterin den Antrag, der Gemeinderat möge die Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom **20.02.2026** genehmigen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bgmⁱⁿ Böhm, die Vizebürgermeister Nyikos und Wögerer, die Stadträte Lichtenberger, Dachs, Schneider sowie die Gemeinderäte Gerda Kappel, Sämann-Takacs, Königshofer, Schäffer, Wenth, Rechnitzer, Tanja Schneider, Norbert Kappel, Neuberger-Schilling, Reiterits, Strommer, Steger, Kogler-Bohrer, Hitzinger, Burgstaller, Oberroither, Fussenegger, Jarto und Brandlhofer.

Somit wird der Antrag der Bürgermeisterin **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

TAGESORDNUNG

- 01) Präsentation Beach & Surf Fest 2026, Daniel Hupfer Fa. Brandsetter
- 02) Rechnungsabschluss und Finanzbericht 2025
- 03) Bericht Kenntnisnahme Voranschlag 2026
- 04) Abtretung in öffentliches Gut - OSG/Stadtgemeinde Neusiedl am See,
Gst.Nr.
5490, Weichselfeldgasse 7
 - a. Abtretungsvertrag
 - b. Widmungsverordnung
- 05) Klinik Gols – Ansuchen um Ankauf Grundstück Nr. 12156, KG Gols
- 06) Löschungserklärung Verpflichtung zur Erhaltung und Wartung des
Stichkanals
Gst.Nr. 5757/1– Segelhafen Seegärten Verwaltungs- und Betriebs GmbH
- 07) Personalangelegenheiten
- 08) Bericht der Bürgermeisterin
- 09) Allfälliges

01) Präsentation Beach & Surf Fest 2026, Daniel Hupfer Fa. Brandsetter

Die Bürgermeisterin begrüßt Herrn Daniel Hupfer und Frau Lia Gassner von der Fa. Brandsetter und ersucht um die Präsentation des diesjährigen Beach & Surf Festes in Neusiedl am See. Die Präsentation startet mit einem Film über das Beach & Surf Fest 2025. Herr Hupfer präsentiert danach die Zahlen des vorigen Jahres. 2025 besuchten 22.700 Menschen das Beach & Surf Fest in Neusiedl am See. Es gab fünf Eventtage und drei Partyabende. Der Medienwert wird mit rund € 700.000,00 beziffert, die regionale Wertschöpfung dieser fünf Tage mit € 138.000,00. Das erste Beach & Surf Fest war ein voller Erfolg, das Wetter meinte es auch zum Großteil der Zeit gut. Herr Hupfer präsentiert das Programm 2026 und freut sich auf ein zweites Beach & Surf Fest im Strandbad Neusiedl am See (siehe Beilage 01).

Es gibt keine Fragen aus dem Gemeinderat. Die Bürgermeisterin bedankt sich für die Präsentation und wünscht der Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf.

02) Rechnungsabschluss und Finanzbericht 2025

Die Vorsitzende übergibt das Wort an den Gemeindegassier VB Alfred Ewerth und ersucht um seinen Bericht. Dieser berichtet:

Der Gemeindegassier berichtet, dass der Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2025 gemäß § 75 Abs. 3 der Gemeindeordnung, LGBl. 55/2003, für die Dauer von zwei Wochen – nämlich vom 06.03. bis 20.03.2026 – im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsichtnahme öffentlich aufgelegt ist. Die Auflegung wurde ordnungsgemäß durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht. Es wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Der Rechnungsabschluss 2025 weist im Ergebnishaushalt Erträge in Höhe von € 25.205.815,14 sowie Aufwendungen in Höhe von € 26.684.735,75 aus. Daraus ergibt sich ein zu beschließendes Nettoergebnis von € -1.478.920,61 sowie – nach Berücksichtigung der Haushaltsrücklagen – ein Ergebnis von € -2.097.015,41.

Im Finanzierungshaushalt stehen Einzahlungen in Höhe von € 31.287.655,87 Auszahlungen in Höhe von € 31.687.690,17 gegenüber. Daraus ergibt sich ein zu beschließender Saldo 5 – der Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung – in Höhe von € -400.034,40.

Der Rechnungsabschluss beinhaltet darüber hinaus eine Bilanzsumme (Aktiva und Passiva) in Höhe von € 133.280.490,66 sowie liquide Mittel in Höhe von € 3.305.243,68.

Soweit zu den reinen Zahlen und den wichtigsten Salden. Diese sind für sich allein oft schwer greifbar, daher darf ich nun zur Präsentation des Finanzberichts 2025 übergehen und erläutern, wie es zu diesen Ergebnissen gekommen ist.

Bevor wir jedoch auf die zentralen Kennzahlen des Rechnungsabschlusses eingehen, ist es wichtig, zunächst einen Blick zurückzuwerfen – nämlich auf die Ausgangslage, den Voranschlag 2025. Dieser wurde im Dezember 2024 erstellt und zeigte bereits damals keine positiven Aussichten. Schon zu diesem Zeitpunkt war klar, dass es sich – nicht nur für unsere Gemeinde, sondern landauf, landab – um ein sehr schwieriges Jahr für die Gemeindefinanzen handeln würde. Ein wesentlicher Grund dafür war die Entwicklung der Ertragsanteile – also jener wichtigsten Einnahmequelle der Gemeinden, auf die man selbst keinen direkten Einfluss hat. Die Prognosen zeigten nur gering steigende Einzahlungen, während gleichzeitig die Auszahlungen, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Soziales, massiv anstiegen. Der verbleibende Nettobetrag fiel dadurch sogar schlechter aus als in Zeiten der Pandemie.

Hinzu kam, dass zum Zeitpunkt der Budgeterstellung keine zusätzlichen Einnahmequellen berücksichtigt werden konnten. Auf Bundesebene kam keine Einigung über eine sogenannte „Gemeindemilliarde“ zustande, und auch auf Landesebene fehlte die Zustimmung zum sogenannten „Müll-Deal“. Darüber hinaus wurde der Voranschlag – anders als im Folgejahr – ohne Erhöhungen bei Gebühren und Abgaben erstellt. Dabei wäre laut KDZ eine Reform der Grundsteuer für Gemeinden längst überfällig.

Die Rahmenbedingungen waren somit wirtschaftlich äußerst herausfordernd und zugleich von großer Unsicherheit geprägt. Insbesondere war unklar, ob sich die bereits schwachen Prognosen bei den Ertragsanteilen überhaupt halten würden. Gleichzeitig bestand jedoch die Notwendigkeit, weiterhin in die Infrastruktur zu investieren. So wurde etwa der Um- und Zubau des Feuerwehrhauses mit rund € 4 Mio. budgetiert. Ebenso wurden Darlehen für den Hochwasserschutz sowie für den Um- und Zubau des Rathauses eingeplant. Auch der Zuschuss an die Freizeitbetriebe GmbH wurde bewusst auf einem höheren Niveau belassen, um Investitionen im Seebad weiterhin zu ermöglichen. Die geplante Neuverschuldung betrug rund € 4 Mio. und entsprach damit im Wesentlichen dem Feuerwehrprojekt.

Trotz dieser Maßnahmen musste bereits im Voranschlag mit einem Defizit von € 2,67 Mio. gerechnet werden – und zwar nicht nur im investiven Bereich, sondern auch in der laufenden, operativen Gebarung. Die Ausgangslage war somit schwierig, und es wurde versucht, mit einer Vielzahl an Maßnahmen gegenzusteuern. Dennoch kam es zunächst zu weiteren negativen Entwicklungen. Besonders hervorzuheben ist hier die Zwischenabrechnung der Ertragsanteile, die ein zusätzliches Minus von € 155.000 brachte und ab Juni sogar in einen sogenannten Übergenuss mündete.

Das bedeutet, dass von den für die Gemeinden vorgesehenen Steuereinnahmen so hohe Abzüge – insbesondere für Soziales und Gesundheit – vorgenommen wurden, dass letztlich keine Auszahlung mehr erfolgte.

Dass über einen Zeitraum von einem halben Jahr keine Mittel aus der wichtigsten Einnahmequelle zufließen, war eine völlig neue Situation und stellte die Planungssicherheit vor große Herausforderungen. Es gab jedoch auch positive Entwicklungen für das Budget. Besonders hervorzuheben sind hier der Ankauf der Container für die Volksschule, wodurch hohe Mietkosten im Technologiezentrum vermieden werden konnten, sowie der Verkauf des „Öden Hauses“, auch wenn dieser zweckgebunden war. Darüber hinaus wurden zahlreiche kleinere Sparmaßnahmen umgesetzt, um den negativen Entwicklungen bestmöglich entgegenzuwirken. Unterstützend wirkte auch der Wegfall der 50%-Kofinanzierung bei den KIP-Mitteln des Bundes, wodurch Projekte leichter umgesetzt werden konnten. Ebenso spielten Sonderbedarfszuweisungen eine wichtige Rolle.

Um die Entwicklung besser nachvollziehen zu können, erfolgt nun ein Vergleich zwischen dem Voranschlag und dem tatsächlichen Ergebnis des Finanzierungshaushalts, gegliedert nach operativer Gebarung, investiver Gebarung und Finanzierungstätigkeit. Ich beginne mit der operativen Gebarung, also den laufenden Ein- und Auszahlungen.

Bei den Einzahlungen konnte erfreulicherweise ein Plus von rund € 931.000 erzielt werden – nämlich von € 22,53 Mio. auf € 23,47 Mio. Die größte Einzelposition dabei war eine Sonderbedarfszuweisung des Landes in Höhe von rund € 800.000 zum Haushaltsausgleich. Ohne diese Unterstützung wäre es – wie bereits im Voranschlag ersichtlich – schwierig gewesen, die operative Gebarung überhaupt positiv abzuschließen. Weitere positive Effekte ergaben sich durch die Erhöhung des Pflegefonds des Bundes in Höhe von € 293.000, durch Habenzinsen von rund € 60.000 sowie durch eine stabile Entwicklung der Kommunalsteuer, die trotz zwischenzeitlicher Unsicherheiten bei rund € 3,7 Mio. gehalten werden konnte. Zahlreiche kleinere Positionen entwickelten sich ebenfalls besser oder zumindest planmäßig, was insbesondere auf eine vorsichtige und sorgfältige Budgetierung zurückzuführen ist. Insgesamt traf dies auf 161 Positionen zu.

Gleichzeitig gab es jedoch auch Bereiche mit geringeren Einnahmen, etwa bei der Personalkostenförderung für Kindergärten sowie bei den Schulerhaltsbeiträgen. Auch Einnahmen aus neuen Windkraftanlagen blieben aus, werden jedoch voraussichtlich im Jahr 2026 wirksam. Diese Mindereinnahmen konnten jedoch durch die Mehreinnahmen insgesamt kompensiert werden. Bei den Auszahlungen der operativen Gebarung ergab sich ein Rückgang um € 564.000 – von € 22,83 Mio. auf € 22,26 Mio. Dies ist besonders bemerkenswert, da gleichzeitig steigende Kosten in mehreren Bereichen zu verzeichnen waren, etwa bei der Sozialhilfe, bei Schulerhaltsbeiträgen oder bei der Deponie.

Einsparungen ergaben sich unter anderem durch den Wegfall geplanter Mietkosten für die Volksschule, durch geringere Betriebskosten im Abwasserbereich sowie durch niedrigere Zinsaufwendungen. Insgesamt konnte durch konsequente Budgetdisziplin, frühzeitiges Gegensteuern und zahlreiche kleinere Maßnahmen in 565 Positionen eingespart werden.

Der daraus resultierende Geldfluss aus der operativen Gebarung – also Saldo 1 – verbesserte sich deutlich um rund € 1,5 Mio. und lag somit im positiven Bereich.

Dieser Saldo zeigt, ob sich die Gemeinde ihren laufenden Betrieb leisten kann und welche Mittel für Investitionen und Schuldentilgungen zur Verfügung stehen. Trotz der Verbesserung ist festzuhalten, dass aufgrund jährlicher Tilgungsverpflichtungen von über € 2 Mio. keine freien Mittel für Investitionen verbleiben. Die sogenannte freie Finanzspitze ist daher negativ, was bedeutet, dass Investitionen nur durch Darlehensaufnahmen oder durch den Einsatz liquider Mittel möglich sind. Im Vergleich zum Jahr 2022 hat sich diese Kennzahl mehr als halbiert, was die zunehmende finanzielle Belastung deutlich macht. Im Bereich der investiven Gebarung – also der Investitionen – konnten Mehreinzahlungen von rund € 1,9 Mio. erzielt werden. Diese resultierten insbesondere aus Förderungen und Vermögensverkäufen. Die Auszahlungen für Investitionen lagen hingegen um € 1,13 Mio. unter dem Budget. Dies ist vor allem auf verschobene oder nicht umgesetzte Projekte sowie auf geringere Baukosten beim Feuerwehrhaus zurückzuführen. Trotz dieser Einsparungen wurden im Jahr 2025 Investitionen in Höhe von rund € 5,9 Mio. getätigt – ein weiterhin sehr hohes Niveau.

Der Saldo aus der investiven Gebarung verbesserte sich dadurch deutlich, blieb jedoch – wie üblich – negativ. Im Bereich der Finanzierungstätigkeit wurden weniger Darlehen aufgenommen als geplant, gleichzeitig aber mehr Schulden zurückgezahlt. Dadurch reduzierte sich die Neuverschuldung deutlich. In Summe ergibt sich aus allen drei Bereichen ein gegenüber dem Voranschlag um € 2,27 Mio. verbessertes Ergebnis. Dennoch verbleibt ein Minus von rund € 400.000. Dieses Ergebnis zeigt deutlich, dass trotz aller Einsparungen und Anstrengungen sowie trotz externer Unterstützungen die finanzielle Lage weiterhin angespannt ist. Es bleibt daher unerlässlich, auch künftig sparsam zu wirtschaften, vorsichtig zu budgetieren und die Liquidität im Auge zu behalten.

Die vorhandenen liquiden Mittel ermöglichen derzeit noch den Ausgleich negativer Ergebnisse – ein Umstand, der die Bedeutung einer vorausschauenden Finanzpolitik unterstreicht. Gleichzeitig ist jedoch klar, dass diese Mittel bei anhaltenden Defiziten nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. Abschließend lässt sich festhalten, dass trotz wirtschaftlich äußerst schwieriger Rahmenbedingungen bedeutende Investitionen – insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Kinderbetreuung – umgesetzt werden konnten. Die Neuverschuldung blieb moderat, das Ergebnis konnte gegenüber dem Voranschlag deutlich verbessert werden, dennoch bleibt die finanzielle Situation herausfordernd.

Es bedarf daher weiterhin struktureller Reformen sowie verlässlicher und ausreichend dotierter Unterstützungen durch Bund und Land, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinden langfristig sicherzustellen. Soweit zum Rechnungsabschluss 2025, so der Gemeindekassier.

Die Bürgermeisterin bedankt sich für den ausführlichen Bericht und die transparente Darstellung der Zahlen. Sie weist darauf hin, dass im Voranschlag noch ein Minus von € 2,67 Mio. veranschlagt war und im Rechnungsabschluss nun „nur“ mehr ein Minus von rund € 400.000,00 aufscheint. Daran wird deutlich, wie wichtig es ist, sparsam zu wirtschaften und laufend zu hinterfragen, wo Ausgaben reduziert werden können.

Gleichzeitig wurde im Jahr 2025 erneut kräftig investiert. Insbesondere der Um- und Zubau des Feuerwehrhauses sowie der Ankauf der Containeranlage bei der Volksschule stellen dabei die größten Vorhaben dar.

Auch das fristgerechte Bezahlen von Rechnungen wirkt sich positiv aus – allein durch Skontoabzüge konnten Einsparungen in der Höhe von rund € 80.000,00 erzielt werden. Ebenso trägt das zentrale Bestellwesen wesentlich dazu bei, weitere Einsparungspotenziale zu nutzen. Natürlich ist auch festzuhalten, dass die vom Landeshauptmann gewährten Sonderbedarfszuweisungen ganz maßgeblich dazu beigetragen haben, das Minus in dieser Höhe zu halten. Ohne diese Unterstützung würde der Rechnungsabschluss entsprechend anders aussehen. Hervorzuheben ist auch, dass der beschlossene Kassenkredit bislang zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden musste. Dies zeigt deutlich, dass die Zahlungsfähigkeit der Gemeinde jederzeit gegeben war. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist der Schuldenabbau. Hier zeigt sich, dass die Stadt in den vergangenen zehn Jahren sehr solide gearbeitet hat. Es wird klar ersichtlich, dass Einsparungsmaßnahmen konsequent umgesetzt wurden und weiterhin ein strikter Sparkurs verfolgt wird. Gleichzeitig wird betont, dass alle Städte und Gemeinden vor großen Herausforderungen stehen und dringend Reformen sowie strukturelle Verbesserungen benötigen. Ohne entsprechende Anpassungen wird es für die Gemeinden auf Dauer nicht möglich sein, ihre Aufgaben in gewohnter Qualität zu erfüllen. Die steigenden Energiekosten und die allgemein zunehmenden Lebenshaltungskosten treffen nicht nur private Haushalte, sondern in gleicher Weise auch die Gemeinden. Daher braucht es hier rasch tragfähige Lösungen – und es sind alle Ebenen gefordert, daran mitzuwirken. Abschließend spricht die Bürgermeisterin dem Gemeindegassier sowie dem Kassaleiter ihren ausdrücklichen Dank für die hervorragende Arbeit und die sehr gelungene Präsentation aus.

Vizebürgermeister Wögerer bedankt sich bei Herrn Ewerth für die Präsentation und das vorliegende Ergebnis. Er spricht von einem hervorragenden Resultat, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen.

Besonders hervorzuheben sei auch das Investitionsvolumen von rund € 5,9 Mio., das ein echtes Rekordniveau darstellt. Er betont, dass hinter diesem Ergebnis nicht nur eine akribische und gewissenhafte Arbeit in der Gemeindegassa steht, sondern auch das engagierte Mitwirken vieler Beteiligter. In diesem Zusammenhang hebt er insbesondere Vera hervor, die es versteht, Förderungen bestmöglich auszuschöpfen und für die Gemeinde zu lukrieren. Ebenso wird der Bauhof ausdrücklich erwähnt, der durch zahlreiche Eigenleistungen einen wesentlichen Beitrag leistet. Vieles könne dadurch selbst umgesetzt werden, was sich wiederum positiv auf die Kostenentwicklung auswirkt. Abschließend hält er fest, dass zu diesem Gesamtbild nur gratuliert werden kann.

Gemeinderat Fussenegger schließt sich grundsätzlich den Ausführungen des Vizebürgermeisters an und spricht ebenfalls seinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde aus. Er hebt besonders hervor, dass auch im Prüfungsausschuss sehr gute und sorgfältige Arbeit geleistet wird. Die Präsentation des Rechnungsabschlusses sei Jahr für Jahr von höchster Professionalität.

Inhaltlich merkt er an, dass das ausgewiesene Minus von rund € 400.000,00 im Finanzierungshaushalt als Cashflow zu verstehen ist und entsprechend einzuordnen ist. Als sehr positiv und ausdrücklich hervorzuheben sei, dass im Vergleich zum Voranschlag ein deutlich besseres Ergebnis erzielt werden konnte. Dies spreche klar für eine vorsichtige und solide kaufmännische Planung. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass das geringere Minus auch maßgeblich auf die Sonderbedarfszuweisung des Landes in Höhe von rund € 800.000 sowie auf den Verkauf des „Öden Hauses“ zurückzuführen ist. Insgesamt sei das Ergebnis dennoch als erfreulich zu bewerten. Mit Blick auf den mittelfristigen Finanzplan hält er fest, dass diese Entwicklung in dieser Form nicht dauerhaft fortgeführt werden kann. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, ob auch im laufenden Jahr wieder mit Sonderbedarfszuweisungen zu rechnen ist und ob ein weiterer Verkauf von Gemeindevermögen – etwa eines Gebäudes – geplant ist, da sich die finanzielle Situation andernfalls nur schwer darstellen lasse.

Abschließend erkundigt er sich nach der aktuellen Entwicklung und Einschätzung der liquiden Mittel.

Bgmⁱⁿ Böhm informiert, dass über die Höhe der Bedarfszuweisungen für 2026 jetzt noch nichts gesagt werden kann. Ein Verkauf eines Gebäudes ist jedoch keiner geplant.

Der Gemeindegassier berichtet, dass die Liquidität derzeit gut ist. Die Ertragsanteile haben sich im Vergleich zum Vorjahr gering verschlechtert, die Einnahmen aus der Kommunalsteuer entwickeln sich gut.

GRⁱⁿ Kogler-Bohrer bedankt sich bei VB Ewerth und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erstellung des Rechnungsabschlusses mitgewirkt haben. Sie betont, dass davon ausgegangen werden kann, dass der Rechnungsabschluss fachlich korrekt abgewickelt wurde und dass alle Entscheidungen sowie Zahlen demokratisch und ordnungsgemäß zustande gekommen sind. Aus diesem Grund spricht sie ihre Zustimmung zum Rechnungsabschluss aus. Dabei sei klarzustellen, dass es nicht darum gehe, politisches Kleingeld zu machen, sondern dass ein grundlegendes Demokratieverständnis gelebt werde. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass dies nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass es ein strukturelles Aufwands- und Ertragsproblem gibt, das dringend Maßnahmen und Änderungen erfordert.

Abschließend weist Bürgermeisterin Böhm darauf hin, dass in den vergangenen Jahren bereits viele Altschulden getilgt wurden, gleichzeitig aber Reformen notwendig sind, um die langfristige Finanzstabilität der Gemeinde zu sichern.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt die Bürgermeisterin den Antrag, der Gemeinderat möge vorliegenden Rechnungsabschluss 2025 und den Finanzbericht 2025 beschließen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bgmⁱⁿ Böhm, die Vizebürgermeister Nyikos und Wögerer, die Stadträte Lichtenberger, Dachs, Schneider sowie die Gemeinderäte Gerda Kappel, Sämann-Takacs, Königshofer, Schäffer, Wenth, Rechnitzer, Tanja Schneider, Norbert Kappel, Neuberger-Schilling, Reiterits, Strommer, Steger, Kogler-Bohrer, Hitzinger, Burgstaller, Oberroither, Fussenegger, Jarto und Brandlhofer.

Somit wird der Antrag der Bürgermeisterin **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

03) Bericht Kenntnisnahme Voranschlag 2026

Mit Schreiben der Abt. 2, Amt der Bgld. Landesregierung vom 02.03.2026, Zahl 2025-026.069-2/2 wird der Voranschlag der Stadtgemeinde für das Jahr 2026 zur Kenntnis genommen. Das Schreiben ist in den Unterlagen aufgelegt und wird von der Amtsleiterin zur Gänze verlesen (Beilage 03).

04) Abtretung in öffentliches Gut - OSG/Stadtgemeinde Neusiedl am See, Gst.Nr. 5490, Weichselfeldgasse 7 a. Abtretungsvertrag

Die Oberwarter Siedlungsgenossenschaft beabsichtigt auf dem Grundstück in der Weichselfeldgasse 7 die Errichtung von Wohngebäuden. Im Zuge des Baubewilligungsverfahren wurde der OSG der Auftrag zur Erstellung einer Teilungsurkunde zur Verbreiterung der Straße eine Abtretung in das öffentliche Gut erteilt.

Nachdem die Abtretungsvertrag, welcher durch die OSG verfasst wurde vorliegt, soll dieser nunmehr gemeinsam mit der entsprechenden Widmungsverordnung durch den Gemeinderat beschlossen werden.

Die genaue Größe der abzutretenden Grundstücksfläche ist der nachstehenden Verordnung bzw. Teilungsplan zu entnehmen.

Übersichtslageplan



Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt die Bürgermeisterin den Antrag, der Gemeinderat möge vorliegenden Abtretungsvertrag mit der OSG (Beilage 04) beschließen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bgmⁱⁿ Böhm, die Vizebürgermeister Nyikos und Wögerer, die Stadträte Lichtenberger, Dachs, Schneider sowie die Gemeinderäte Gerda Kappel, Sämann-Takacs, Königshofer, Schäffer, Wenth, Rechnitzer, Tanja Schneider, Norbert Kappel, Neuberger-Schilling, Reiterits, Strommer, Steger, Kogler-Bohrer, Hitzinger, Burgstaller, Oberroither, Fussenegger, Jarto und Brandlhofer.

Somit wird der Antrag der Bürgermeisterin **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

b. Widmungsverordnung

In Verbindung mit TOP 04a) stellt die Bürgermeisterin den Antrag, der Gemeinderat möge folgende Widmungsverordnung beschließen:

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Neusiedl am See vom2026.

Gemäß § 64 Bgld. Gemeindeordnung, LGBl. Nr. 55/2003, in Verbindung mit dem Bgld. Straßengesetz, LGBl. Nr. 79/2005, wird verordnet:

Die in der Teilungsurkunde des DI Horvath vom 18.03.2025, GZ. 7737-A/24, ausgewiesenen Trennfläche
T2 im Ausmaß von 28 m²

wird dem öffentlichen Gut **gewidmet**.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bgmⁱⁿ Böhm, die Vizebürgermeister Nyikos und Wögerer, die Stadträte Lichtenberger, Dachs, Schneider sowie die Gemeinderäte Gerda Kappel, Sämann-Takacs, Königshofer, Schäffer, Wenth, Rechnitzer, Tanja Schneider, Norbert Kappel, Neuberger-Schilling, Reiterits, Strommer, Steger, Kogler-Bohrer, Hitzinger, Burgstaller, Oberroither, Fussenegger, Jarto und Brandlhofer.

Somit wird der Antrag der Bürgermeisterin **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

05) Klinik Gols – Ansuchen um Ankauf Grundstück Nr. 12156, KG Gols

Die Vorsitzende informiert, dass die Gemeinderatsfraktionen bei einem Runden Tisch am 06.03.2026 über die neuesten Entwicklungen des Projekts „Klinik Gols“ informiert wurden. DI Benedek und Ing. Hofstädter von der LIB GmbH präsentierten die Ergebnisse des Architektenwettbewerbs und die geplante Situierung der Klinik Gols. Das Grundstück Nr. 12156 mit einer Größe von 966 m² (landw. genutzt) soll nunmehr an die Gesundheit Burgenland GmbH zu einem Preis von € 65,00/m² verkauft werden, um den Bau der Klinik Gols realisieren zu können. Dies wurde beim Runden Tisch vorerst vereinbart.

GR Oberroither hat einen zusätzlichen Antrag gestellt, der Erlös durch den Verkauf möge der Sanierung/Modernisierung bestehender Spielplätze, oder für die Anschaffung von Materialien für öffentliche Bildungseinrichtungen, oder für die Schaffung eines Ersatzes für den Skaterpark, oder für die Errichtung/Erhaltung eines Generationenparks zweckgebunden verwendet werden.

Die Bürgermeisterin stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Verkauf des Grundstückes Nr. 12156, KG Gols zu einem Preis von € 65,00 pro m² an die Gesundheit Bgld. GmbH, laut vorliegendem Kaufvertrag (Beilage 05) beschließen. Der Antrag von GR Oberroither betreffend die zweckgebundene Verwendung der Einnahmen durch diesen Verkauf soll ebenfalls in den Beschluss aufgenommen werden.

Vbgmⁱⁿ Nyikos möchte folgenden einen **Abänderungsantrag** zur Abstimmung bringen: Der vorliegende Abänderungsantrag der ÖVP-Neusiedl am See basiert auf der Verantwortung der Gemeinde, langfristig nachhaltige Entscheidungen zu treffen, Gemeindevermögen zu sichern und gleichzeitig zukünftige Generationen zu unterstützen.

Ein Verkauf des Grundstückes Nr. 12156, KG Gols, würde einen dauerhaften und unwiderruflichen Vermögensabfluss aus dem Eigentum der Gemeinde bedeuten. Durch die Wahl eines Superädifikats bleibt das Grundstück hingegen im Eigentum der Gemeinde und wird damit auch langfristig als öffentliches Vermögen erhalten. Diese Lösung schafft Planungssicherheit sowohl für die Gemeinde als auch für die Klinik Gols, ohne dass zukünftigen Gemeinderäten Handlungsspielräume entzogen werden.

Besonders hervorzuheben ist die Zweckwidmung dieser Einnahmen zugunsten der Jugend in Neusiedl am See. Damit fließen die Mittel direkt in jene Bereiche, die für die Entwicklung unserer jungen Menschen besonders wichtig sind – etwa Bildung, Freizeit, Sport, Kultur und soziale Angebote. Dies stärkt die Attraktivität der Stadt für Familien, unterstützt den sozialen Zusammenhalt und fördert die Chancen der nächsten Generation.

Der Antrag stellt somit einen ökonomisch sinnvollen, langfristig nachhaltigen und gesellschaftlich wertvollen Weg dar, das Gemeindevermögen zu schützen und gleichzeitig gezielt in die Zukunft unserer Jugend zu investieren. Die ÖVP-Neusiedl am See sieht in dieser Lösung einen verantwortungsbewussten und ausgewogenen Ansatz, der sowohl wirtschaftliche Vernunft als auch soziale Verantwortung vereint.

Die Fraktion ÖVP-Neusiedl am See stellt folgenden Abänderungsantrag:
Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Anstelle des beantragten Verkaufs des Grundstückes Nr. 12156, KG Gols, wird der LIB GmbH die Möglichkeit eingeräumt, auf dem genannten Grundstück ein Superädifikat zu errichten.
2. Die Dauer des Superädifikats wird auf 30 Jahre festgelegt.

3. Für die Nutzung des Grundstückes wird eine jährliche Pachtzahlung eingehoben in Höhe von EUR 5.000 per anno.
4. Die Pachteinnahmen der Gemeinde Neusiedl am See werden zweckgebunden und ausschließlich für Jugendförderung, Jugendprojekte und jugendbezogene Infrastrukturmaßnahmen verwendet.
5. Der Bürgermeister wird beauftragt, alle zur Umsetzung des Superädifikats Vertrages erforderlichen Schritte einzuleiten.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird zuerst über den Abänderungsantrag von Vbgmⁱⁿ Nyikos abgestimmt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend.

Für den Antrag stimmen: Vbgmⁱⁿ Nyikos, StR Dachs sowie die Gemeinderäte Neuberger-Schilling, Reiterits, Strommer, Steger, Kogler-Bohrer, Hitzinger, Burgstaller.

Gegen den Antrag stimmen: Bgmⁱⁿ Böhm, Vizebürgermeister Wögerer, die Stadträte Lichtenberger, Schneider sowie die Gemeinderäte Gerda Kappel, Sämann-Takacs, Königshofer, Schäffer, Wenth, Rechnitzer, Tanja Schneider, Norbert Kappel, Oberroither, Fussenegger, Jarto und Brandlhofer.

Somit wird der Antrag der Bürgermeisterin **mehrheitlich** abgelehnt.

GR Fussenegger erklärt, dass er inhaltlich zum Projekt grundsätzlich Stellung bezieht – dies sei eine Sache. Gleichzeitig sieht er es problematisch, dass vor einem Jahr und auch davor derselbe Antrag bereits zweimal abgelehnt wurde und nun erneut vorgelegt wird. Mit der Ergänzung, die GR Oberroither eingebracht hat, könne er dem Antrag jedoch zustimmen.

Vbgm. Wögerer betont, dass durch neue Erkenntnisse, insbesondere den abgeschlossenen Architekturwettbewerb, die Vorlage nunmehr auf einer soliden Grundlage stehe. Er findet es demokratisch völlig in Ordnung, dass der Gemeinderat darüber erneut entscheidet.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird über den Hauptantrag der Bürgermeisterin abgestimmt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bgmⁱⁿ Böhm, Vizebürgermeister Wögerer, die Stadträte Lichtenberger, Schneider sowie die Gemeinderäte Gerda Kappel, Sämann-Takacs, Königshofer, Schäffer, Wenth, Rechnitzer, Tanja Schneider, Norbert Kappel, Oberroither, Fussenegger, Jarto und Brandlhofer.

Gegen den Antrag stimmen: Vbgmⁱⁿ Nyikos, StR Dachs sowie die Gemeinderäte Neuberger-Schilling, Reiterits, Strommer, Steger, Kogler-Bohrer, Hitzinger, Burgstaller.

Somit wird der Antrag der Bürgermeisterin **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

06) Löschungserklärung Verpflichtung zur Erhaltung und Wartung des Stichkanals Gst.Nr. 5757/1– Segelhafen Seegärten Verwaltungs- und Betriebs GmbH

Die Vorsitzende informiert, dass die Segelhafen „Seegärten“ Verwaltungs- und Betriebs GmbH mit Kaufvertrag vom 24.2.2000 die Grundstücke 5757/362 und 5756/2 mit der Bezeichnung Segelhafen „Seegärten“ gekauft hat. In Punkt XI b) des Kaufvertrages wurde die Verpflichtung der Erhaltung und Wartung des Stichkanals für eine Dauer von 25 Jahren ab Vertragsunterfertigung eingetragen und wurde diese Verpflichtung im Rahmen einer Reallast grundbücherlich sichergestellt. Der diesbezügliche Vertragspunkt im Kaufvertrag lautet wie folgt:

„Die kaufende Partei (Segelhafen „Seegärten“ Verwaltungs- und Betriebs GmbH) verpflichtet sich weiters, die Sanierung, Erhaltung und Wartung des Stichkanals, beginnend bei der Hafenanlage inklusive der Seeausfahrt ab Fertigstellung der Hafenanlage zu übernehmen und in den nächsten 25 Jahren ab Vertragsunterfertigung die Kosten hierfür zu tragen, jeweils nur nach vorheriger Rücksprache mit der Verkäuferin. Voraussetzung für diese Verpflichtung ist, dass der Schlamm einerseits in den offenen Seebereich verbracht oder andererseits in ein allenfalls der Stadtgemeinde Neusiedl am See zur Verfügung stehendes Areal ohne jede Bezahlung gepumpt werden kann. Die Parteien vereinbaren die grundbücherliche Sicherstellung dieser Verpflichtung in Form einer Reallast bei dem Vertragsobjekt [Anmerkung: Grundstücke 5757/362 und 5765/2]. Die kaufende Partei erteilt daher ausdrücklich ihre Einwilligung, dass ob dem gesamten Vertragsobjekt die Verpflichtung zur Erhaltung und Wartung des Stichkanals als Reallast gemäß Punkt XI.b) dieses Vertrages grundbücherlich einverleibt werden kann.“

Die Verpflichtung zur Wartung und Erhaltung des Stichkanals ist am 24.2.2025 ausgelaufen. Nach Angaben von Herrn Möstl, Segelhafen Seegärten Verwaltungs- und Betriebs GmbH wurde der Kanal zuletzt im Oktober 2025 gewartet. Der Abschlussbericht über die Durchführung von Schilf- und Wurzelentfernungen wurde laut Angaben an die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See übermittelt. Mit Schreiben vom 21.12.2025 ersucht die Segelhafen Seegärten Verwaltungs- und Betriebs GmbH nunmehr um Unterzeichnung der Löschungserklärung der Reallast.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt die Bürgermeisterin den Antrag, der Gemeinderat möge vorliegenden Löschungserklärung (Beilage 06) beschließen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bgmⁱⁿ Böhm, die Vizebürgermeister Nyikos und Wögerer, die Stadträte Lichtenberger, Dachs, Schneider sowie die Gemeinderäte Gerda Kappel, Sämann-Takacs, Königshofer, Schäffer, Wenth, Rechnitzer, Tanja Schneider, Norbert Kappel, Neuberger-Schilling, Reiterits, Strommer, Steger, Kogler-Bohrer, Hitzinger, Burgstaller, Oberroither, Fussenegger, Jarto und Brandlhofer.

Somit wird der Antrag der Bürgermeisterin **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

07) Personalangelegenheiten

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

08) Bericht der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin berichtet über aktuelle Gemeindethemen und Termine:

Als neuer Trauungsort wird künftig auch die **Pizzeria Rialto** zur Verfügung stehen.

Zudem wurden zwei Teilbebauungspläne genehmigt: das **Seegelände** sowie das Areal **Kräften/Taboräcker**.

Alle Gemeinderäte erhielten eine Einladung des **Bridge Clubs**.

Die **Eröffnung des Bauernmarktes** ist für den kommenden Freitag vorgesehen.

Im Hinblick auf die 100-Jahr-Feier der Stadt weist die Bürgermeisterin auf die bevorstehenden Festtage hin:

Am Samstag findet die **Gala und die Festsitzung im Rathaus** statt. Am Sonntag sind alle Bürgerinnen und Bürger zur **Festmesse, zum Festakt und zum Frühschoppen** eingeladen.

Abschließend informiert die Bürgermeisterin, dass die **nächste Gemeinderatssitzung** voraussichtlich am 26. Mai 2026 stattfinden wird.

09) Allfälliges

GRⁱⁿ Neuberger-Schilling erkundigt sich wie die Festivitäten am 11.04. ablaufen werden.

GR Oberroither fragt nach den „Gerüchten am See“, angeblich dürfen keine Musikveranstaltungen mehr stattfinden.

GR Steger fragt nach dem aktuellen Stand beim Hangrutsch in der Kellergasse.

GRⁱⁿ Neuberger-Schilling erkundigt sich nach dem Stand der Dinge beim Hallenbad. Die Vorsitzende informiert, dass die Fertigstellung im 1. Quartal 2027 geplant ist.

GR Brandlhofer stellt eine Frage an die Fraktion der Grünen, ob diese schon im Wahlkampf sei, weil Fake News zum Thema Adventdorf veröffentlicht werden. Zur Richtigstellung - es war der Antrag von GR Brandlhofer damals im Gemeinderat und nicht der der Grünen.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird diese Sitzung des Gemeinderates um 20.35 Uhr geschlossen.



Vorsitzende
Bgmⁱⁿ LAbg. Elisabeth Böhm



Beglaubiger
GR Andreas Königshofer
GR Josef Brandlhofer




Schriftführer
ALⁱⁿ Judith Siber-Reiner

